



Maria Böhmer



Lothar Mark



Lothar Binding



Michael Meister

Nur unverschämte E-Mails werden nicht an Politiker weitergeleitet

Abgeordnete äußern sich im Internet zu Fragen der Bürger / Antworten von einigen Vertretern der Region

Von unserer Mitarbeiterin
Verena Dahmen

Mannheim. Bundestagsabgeordnete hautnah: Auf der Internetseite abgeordnetenwatch.de können Bürger neuerdings Fragen per E-Mail an die insgesamt 614 Abgeordneten des Bundestages stellen. Das geht ganz einfach: Der Benutzer gibt seine Postleitzahl ein und sieht dann diejenigen Kandidaten, die für seinen Wahlkreis im Bundestag sitzen. Weitergeleitet werden die E-Mails mit den Anfragen vom Betreiber der Seite, der Parlamentwatch GmbH, die gemeinnützig in Kooperation mit den Vereinen „Mehr Demokratie“ und „Mehr Bürgerrechte“ sowie mit Unterstützung der BonVenture GmbH arbeitet. Natürlich antwortet nicht jeder Politiker, aber einige haben sich zu Anfragen geäußert. Darunter auch Vertreter der Region.

So reagierte beispielsweise der Mannheimer Lothar Mark (SPD) auf die Frage eines Bürgers, der sich auf Grund des deutsch-türkischen Abkommens über soziale Sicherheit diskriminiert fühlt. Da dessen El-

tern nicht in seiner Krankenkasse mitversichert seien, verstehe er nicht, warum die in der Türkei lebenden Familienangehörigen eines bei einer deutschen Krankenkasse versicherten Türken Leistungen der Kasse erhielten. Die Rechtsgrundlage dieser Regelung sei das deutsch-türkische Abkommen vom 30. April 1964 über soziale Sicherheit, antwortete der Bundestagsabgeordnete. Ausführlich zeigt Mark die Kosten auf, die die deutschen Krankenkassen für derartige Fälle in den Abkommensländern aufbringen (2002: unter 0,01 Prozent der gesamten Ausgaben). Durch die Anwendung des Sozialversicherungsabkommens entstünden der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung keine Mehrbelastungen, sondern es gebe sogar Einsparungen, da die Familienangehörigen in ihren Herkunftsländern verblieben und somit nicht zu den deutlich höheren deutschen Sätzen medizinisch versorgt werden müssten, erklärt Mark.

Dem Heidelberger Dirk Niebel (FDP) wurden bereits vier Fragen gestellt, die er alle beantwortete: Hierin ging es zum einen darum, ob er bereit wäre, für ein Jahr von

Hartz IV zu leben oder wie es für die Betroffenen unter anderem auf Grund der Mehrwertsteuererhöhung und steigender Strompreise weitergehen solle. Die FDP habe „stets deutliche Kritik an den handwerklichen Fehlern bei der gesetzlichen Umsetzung“ von Hartz IV geübt, antwortete der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Heidelberg/Weinheim. Außerdem nahm Niebel Stellung zum Zentrum für Vertreibungen in Berlin, zum gelockerten Kündigungsschutz und zur ersten indexierten Staatsanleihe der deutschen Finanzgeschichte.

Lothar Binding (SPD) aus demselben Wahlkreis wurde für sein Engagement in Sachen Nichtrauchererschutz gelobt und gleichzeitig gefragt, warum nicht im Vorfeld geklärt wurde, ob für ein neues Gesetz zum Thema Bund oder Länder zuständig seien. „Wenn wir immer erst ein Gesetz entwerfen würden, nachdem es keine Unwägbarkeiten hinsichtlich der Zuständigkeiten mehr gäbe, würden viele Parlamentsinitiativen schon im Keim ersticken“, beschreibt Binding die Problematik in seiner Erklärung.

Aber auch privatere Anfragen finden auf abgeordnetenwatch.de. Gehört: Michael Meister (CDU) wurde nach seinem Einkommen gefragt, worauf der Bergsträßer Politiker allerdings auf § 11 des Abgeordnetengesetzes verweist, in dem die Höhe der sogenannten Abgeordnetenentschädigung nachgelesen werden könne. Maria Böhmer (CDU) aus dem Wahlkreis Ludwigshafen/Frankenthal gibt auf eine Frage nach ihrem ursprünglichen Arbeitsgebiet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Mainz und Landesfrauenbeauftragte in Rheinland-Pfalz Auskunft. Die Bandbreite der Fragen kennt keine Grenzen. Allzu private oder unverschämte E-Mails werden allerdings nicht an die Abgeordneten weitergeleitet.

Etwas mehr Gewissenhaftigkeit wäre jedoch seitens der Politiker gewünscht – viele der Fragen blieben bislang unbeantwortet. So wie die 19 E-Mails an Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die Internetseite ist zu finden unter www.abgeordnetenwatch.de